

# Herrschaft der Willkür

## Malaysias Regierung unter zunehmender Bedrängnis

von Hans-Joachim Müller

Vom 18.-20. September 2001 leistet der malaysische Premierminister Mahathir Deutschland einen Staatsbesuch ab. Er trifft dabei wichtige Vertreter aus Politik und Wirtschaft. Mahathir hat allen Grund, bei diesen Gesprächen die Menschenrechtslage in Malaysia auszublenzen: Die Regierung unterdrückt den seit drei Jahren anhaltenden Protest der Opposition mit rigiden Maßnahmen.

Mahathir gerät von vielen Seiten unter Bedrängnis: Nach der Verhaftung des ehemaligen Vizepremiers Anwar Ibrahim hat sich die politische Opposition im Land fest etabliert. Gleichzeitig wirkt sich in der Wirtschaftspolitik die spezifisch malaysische Reaktion auf die Asienkrise negativ aus. Beide Problemfelder erfahren zusätzlich dadurch eine Zuspitzung, dass in den letzten Monaten innerhalb der potentiellen Anhängerschaft Mahathirs der Unmut ob der Herrschaft des 75-jährigen Autokraten lauter wird und die Opposition selbstbewusster politische Reformen einfordert. Die Regierung versucht demgegenüber die Medien noch stärker zu kontrollieren und setzt das »Gesetz zur inneren Sicherheit« (ISA) zur Bekämpfung der Opposition ein.

Auslöser der angespannten Lage war die Demission und anschließende Verhaftung des Vizepremiers Anwar Ibrahim im September 1998. Anwar und Mahathir vertraten zur Bekämpfung der Auswirkungen der asiatischen Finanzkrise unterschiedliche Standpunkte. Der Vizepremier wandte sich öffentlich gegen die Wirtschaftspolitik Mahathirs, weil er durch die Abkoppelung von den internationalen Finanz- und Devisenmärkten eine Isolation Malaysias befürchtete. Dieser Dissens trug zum Bruch der beiden Staatsmänner bei. Anwar und viele seiner Mitstreiter sahen sich Verhaftungen unter der will-

kürlichen ISA-Gesetzgebung ausgesetzt und wurden in der Haft schwer misshandelt. Anwar wurde schließlich in zwei deutlich politisch motivierten Prozessen der Korruption und der »Sodomie«, d.h. homosexueller Praktiken, angeklagt und in zwei Prozessen zu insgesamt 15 Jahren Haft verurteilt. Der Fall Anwar hat internationale Kritik an der rigiden Regierungspolitik der Verletzung elementarer Menschenrechte provoziert, die aber vom dienstältesten Regierungschef in Asien mit dem Verweis auf die asiatischen Werte zurückgewiesen werden. Menschenrechte sind demnach ein westliches Konstrukt und kein zentraler Bestandteil eines asiatischen Wertekodexes.

Innenpolitisch hat Mahathir viele Rückschläge erleiden müssen. Zwar präsentierte er sich im Juni 2001 auf der Generalversammlung seiner Partei *United Malays National Organisation* (UMNO) bewusst kämpferisch und ließ auch keinen Zweifel an seiner unangefochtenen Führungsrolle aufkommen, dennoch musste er der innerparteilichen Kritik mit einigen ausgestreuten Brosamen zuvorkommen. Kurz vor der Parteiversammlung zog sein Sohn sich aus Schlüsselstellungen in der Wirtschaft zurück, um die Vorwürfe der Günstlingswirtschaft zu entkräften. Der wahrscheinlich erzwungene Rücktritt des Finanzministers Daim Zainuddin, einem langjährigen Weggefährten Mahathirs sowie gleichzeitigem Mitwisser und Nutznießer der dunklen finanziellen Praktiken des Premiers, diente ebenfalls dazu, schon im Vorfeld einen ge-

wichtigen Angriffspunkt aus dem Weg zu räumen. Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen wird aus dem politischen Kontext verständlich.

Am 4. Februar 2001 hatte sich eine vom Premier selbst gebilligte Demonstration für die Regierungskoalition unversehens zu einer Protestkundgebung gegen sie verwandelt. Dies ist ein deutliches Zeichen für den Unmut selbst von Stammwählern und Parteimitgliedern auch aus den Reihen der UMNO, die auf die kritische Lage der Partei aufmerksam machen wollen. Bei den letzten Parlamentswahlen im November 1999 gewann die Regierungskoalition zwar deutlich, die UMNO verlor aber die Mehrheit an Stimmen bei ihrem malaysischen Klientel.

Die Partei der mit ca. 27 Prozent Bevölkerungsanteil zweitgrößten ethnischen Gruppe der Chinesen, die *Malays Chinese Association* (MCA), steht seitdem als eine der Garanten für die klare Mehrheit der Regierungskoalition. Dessen ungeachtet hatte Mahathir gerade den chinesischen Bevölkerungsanteil vor einer Nachwahl im Landbezirk Lunas im November 2000 verärgert, als er die Forderungen einer chinesischen Graswurzelbewegung mit denen von Kommunisten verglich. Ein Vertreter der Oppositionspartei *Keadilan*, der Anwars Frau Wan Azizah Wan Ismail vorsteht, gewann die chinesischen Stimmen und damit die Wahl.

Im Januar dieses Jahres kam es nach Einladung Mahathirs nicht zu einem Treffen der drei ethnisch-malaysischen Parteien, UMNO, Keadil-

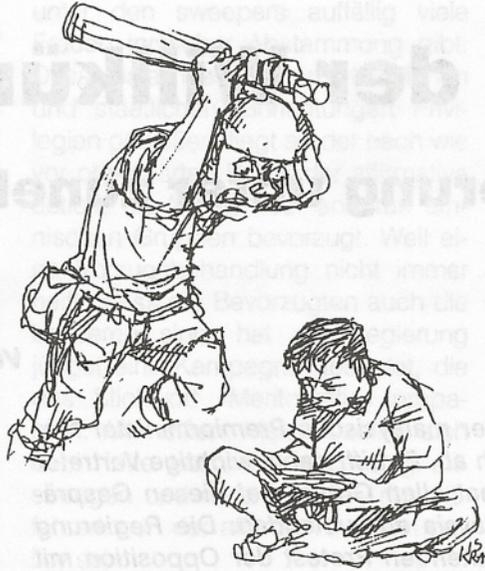
Der Autor ist Malaysiakoordinator von Amnesty international in Deutschland.

lan und der islamisch-fundamentalistischen Partei PAS, der großen Gewinnerin bei den Parlamentswahlen 1999. Mahathir wollte damit die Einheit der Malayen fördern und die Differenzen aus dem Weg räumen. Alle drei Parteien stimmen zwar in der Politik der Privilegierung der Malayen gegenüber den Chinesen und Indern im Land überein, die Entmachtung und Inhaftierung Anwars machte allerdings einen Konsens unmöglich.

### Anhörung verdient aufgrund seiner Seltenheit besondere Beachtung

So überrascht es nicht, dass die innenpolitische Lage im April 2001 kurz vor dem zweiten Jahrestag der ersten Verurteilung Anwars eine zusätzliche Zuspitzung erfuhr: Die malaysische Polizei verhaftete vier führende Oppositionspolitiker. Darunter befand sich der Vizevorsitzende der Oppositionspartei Keadilan Tian Chua, der in den vergangenen Jahren schon wiederholt inhaftiert und in der Haft misshandelt worden war. Im Laufe des Aprils wurden noch sechs weitere Oppositionelle und Menschenrechtler verhaftet, ohne dass eine richterliche Überprüfung der Vorwürfe erfolgte. Das drakonische Gesetz des ISA erlaubt die Untersuchungshaft bis zu 60 Tagen und kann durch den Erlass des Innenministers bis zu zwei Jahren und danach erneut immer wieder verlängert werden. Innenminister Abdullah Ahmad Badawi machte von dieser willkürlichen Gesetzgebung am 3. und 14. Juni 2001 Gebrauch und ließ sechs der zehn Inhaftierten in das Straflager Kamunting im Bundesstaat Perak verlegen. Die restlichen vier der im April verhafteten Oppositionellen wurden mittlerweile freigelassen.

Besonders die Entscheidung des Gerichts von Shah Alam vom 30. Mai 2001, die Petition von zwei der Verhafteten, innerhalb von 24 Stunden einem Richter vorgeführt zu werden, anzuhören, verdient aufgrund seiner Seltenheit besondere Beachtung. Das Gericht erklärte die Festnahmen für gesetzwidrig und stellte damit die willkürlichen Maßnahmen der ISA-Gesetzgebung auch nach malaysischem Recht grundsätzlich in Frage. Schon im April hatte sich die



von der Regierung eingesetzte Menschenrechtskommission SUHAKAM gegen die ISA-Inhaftierungen ausgesprochen und eine Revision weiterer Gesetze verlangt, die grundlegende Menschenrechte verletzen.

Am 3. August forderte die Kommission die Behörden auf, Demonstrationen und die freie Meinungsäußerung in größerem Ausmaß als bisher zuzulassen. Ein weiteres Gerichtsurteil vom Juni verdeutlicht zusätzlich, dass die uneingeschränkte Machtposition Mahathirs zunehmend hinterfragt wird und auch die Rechtsprechung sich bemüht, Unabhängigkeit von der Regierung zu demonstrieren. Das Bundesgericht sprach im Juni einen Anwalt Anwar Ibrahim vom Vorwurf der Missachtung des Gerichts frei und kritisierte explizit den verhandlungsführenden Richter im Anwar-Prozess, der den Hauptgegner Mahathirs im vorigen Jahr erwartungsgemäß verurteilt hatte.

In Malaysia kam es in der Folge der jüngsten Festnahmen zum Erstarken der Anti-ISA-Bewegung. Dies führte im Juni und Juli erneut zu Verhaftungen. Eine friedliche Demonstration von 400 Studenten am 8. Juni in Kuala Lumpur löste die Polizei gewaltsam auf. Sieben Studenten wurden verhaftet und nur gegen Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Polizei nahm am 5. Juli einen Mitstreiter von sechs dieser Studenten fest, der seine Kommilitonen mit auf das Polizeirevier begleitet hatte, und hielt ihn 23 Tage in Haft, einen anderen Anfang Juli verhafteten Studenten entließ man nach zehn Tagen. Zum Teil unterstützen Universitätsleitungen mit Zwangsausschlüssen von

nonkonformistischen Studenten die Repression der studentischen Kritik. Ihren vorläufigen Höhepunkt erlangte die Praxis der gewaltsamen Unterdrückung der Opposition mit der Verhaftung von 41 DemonstrantInnen, die am 15. Juli 2001 vor dem Lager in Kamunting die Freilassung der sechs ISA-Häftlinge forderten, sowie mit der Verhaftung von insgesamt zehn Menschen unter der ISA-Gesetzgebung vom 3.-4. August. Vier von ihnen sind führende Vertreter der stärksten Oppositionspartei PAS. Amnesty international befürchtet, daß sie wegen ihres friedlichen politischen Engagements und nicht wegen terroristischer Aktivitäten, wie die malaysischen Behörden angeben, festgehalten werden.

Zusätzlich kündigte die Regierung an, die Meinungsfreiheit im Internet bekämpfen zu wollen, um die Oppositionsbewegung mundtot zu machen. Die Übernahme eines Verlags, der zwei bislang unabhängige und nicht regierungskonforme chinesische Zeitungen mit einer Auflage von 400 000 Exemplaren herausgibt, durch die Koalitionspartei MCA im Juni hat das kritische Potential der ohnehin schon arg in ihrer Meinungsvielfalt nivellierten gedruckten Presse auf ein Minimum reduziert.

Die Art und Weise, in der die Regierung auf die innenpolitisch kritische Lage reagiert verdichtet das Bild eines Musters malaysischer Politikführung, oppositionelle Meinungsäußerung möglichst nicht zuzulassen oder — wenn sie nicht zu verhindern ist — rigide zu bekämpfen. In dem Maße, in dem die Kritik auftritt, reagiert die Regierung mit ihrem willkürlich einzusetzenden Rechtsapparat. Die jüngsten Rückschläge für die rigorose Regierungspolitik geben Hoffnung, dass dieses Muster langsam entflochten werden kann.

*Amnesty international fordert die bedingungslose Freilassung der ISA-Häftlinge oder deren Anklage wegen nachweisbarer krimineller Vergehen sowie eine Revision der ISA-Gesetzgebung. Mit Briefen an den Innenminister (auch per Email) kann jede und jeder sich für die Gefangenen einsetzen ([www.amnesty-malaysia.de](http://www.amnesty-malaysia.de)).*